

Dagmar Hemm: Wege und Irrwege der Frauenbefreiung in China. Radikalismus und Idealismus der Frauenemanzipation gesehen in Zeitschriftenbeiträgen aus der Vierten-Mai-Ära (1916 - 1922)

München: edition global, 1996, 241 S. + Zeichenglossar

Das Buch hält die Erwartungen, die die schönen, plakativen bis provokativen Kapitelüberschriften bei einem Blick ins Inhaltsverzeichnis wecken, nicht; oder höchstens insofern, als die journalistische laxe Schreibe durchgehend beibehalten wird, obwohl sie für die hier vorliegende wissenschaftliche Arbeit (Dissertation) deplaziert ist.

Der Überblick, den Dagmar Hemm auf den ersten 21 Seiten über die Situation der Frauen in der chinesischen und westlichen Geschichte zu geben versucht, ist in dieser Kürze redundant, zumal der versprochene Bezug der chinesischen Texte der Vierten-Mai-Ära zu zeitgleichen westlichen Entwicklungen im Haupttext nicht wieder aufgenommen wird. Da Hemm für die westliche Frauengeschichte ohnehin nur aus einem einzigen Buch von Annette Kuhn zitiert, hätte ein simpler Verweis auf ebendieses ausgereicht. Im Überblick zu China schafft es die Autorin, reichlich Pauschalurteile und -verurteilungen einzubauen, die sich durch die erzwungene Kürze nicht mehr rechtfertigen lassen und im übrigen den gesamten Text durchziehen: Sie bezichtigt die AutorInnen der Vierten-Mai-Ära, sich zu "wiederholen bis zum Erbrechen" (148), kann in "ausgelaugten" Argumenten "nichts Neues" (149) finden und läßt sich gelegentlich herab, eine chinesische These als "richtig" (174) zu erkennen. Der Text wimmelt von Anglizismen - der "Term" für ein chinesisches Wort meint einen "Begriff", hinter dem "Resistenzkampf" versteckt sich der Widerstand, Vereinigungen aller Art werden bei Hemm zu "Assoziationen" - und von Neologismen wie der "Fähigkeitslosigkeit" dieser unfähigen Vierer-Mai-Chinesen oder ihren "Versöhnungskammern", die gewöhnlich als Schlichtungskomitees bezeichnet werden.

Im Hauptteil des Buches referiert Hemm den Inhalt von Zeitschriftenbeiträgen um 1919 zu verschiedenen Themenbereichen, wobei dem Versuch, das gesamte frauenrelevante Spektrum abzudecken, die Detaildebatte am Einzelfall (Einfluß und (Be-)Wertung einzelner westlicher Staaten; Prostitution; Nichtheirat von Frauen wären interessante Fragestellungen gewesen) ebenso zum Opfer fällt wie die Diskussion einer Entwicklung bestimmter Themen vor und nach der Vierten-Mai-Ära. Ähnliche Überblicksdarstellungen gibt es schon zur Genüge: Das Titelverzeichnis von Hemm in westlichen Sprachen umfaßt allein über 200 Einträge!

Die Autorin definiert ihr Verständnis zentraler Begriffe wie "Feminismus" nicht. "Leider" (würde Hemm schreiben) tun das ihre Zeitungsartikel auch nicht. Unbekanntere Institutionen - was war genau der *gonghaihui* (S. 26)? - sind Hemm keinen Kommentar wert; dafür erklärt eine gesonderte Minifußnote dem Leser, wer Sun Yatsen war. Hemms positive Bewertung der VR-chinesischen Frauenpolitik und vor allem -gesetzgebung im Vergleich zum republik-chinesischen Familiengesetzbuch ist zweifelhaft, wobei zu bedenken ist, daß sie sich den Blick auf die dahinter stehende juristische Praxis spart.

Das Buch hat so richtig keinen roten Faden; die Auswahlprinzipien für die beschriebenen Vierter-Mai-Aufsätze bleiben unklar. Wer bei Beahan, Chow Tse-tzung, Croll oder Freudenberg über die Vierte-Mai-Ära gelesen hat, kann sich Hemms Arbeit sparen. Wer noch nicht weiß, welche Frauenthemen um 1919 im städtischen China debattiert wurden, findet bei Hemm einen Überblick. Wer wissen will, woher die Vierter-Mai-Debattenschwerpunkte kamen und was aus den vorgeschlagenen Problemlösungen wurde, ob sie für ihre Zeit als innovativ und kreativ gelten dürfen oder nicht, der wird bei Hemm keine verlässliche Antwort finden.

Astrid Lipinsky

Laurenz Awater: Die politische Wirtschaftsgeschichte der VR China. Vom Sowjetmodell zur sozialistischen Marktwirtschaft

Münster: LIT Verlag, 1998, 607 S.

Die vorliegende Monographie wurde als Dissertationsschrift am Fachbereich Politikwissenschaften an der FU Berlin angefertigt. Die Arbeit stellt eine umfassende und fundierte Übersicht zur Entwicklung der Wirtschaftspolitik der VR China dar, wie sie bisher in deutscher Sprache nicht vorlag. Der Blickwinkel ist dabei in erster Linie politikwissenschaftlich und weniger wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtet.

Awater versucht, die wirtschaftspolitische Entwicklung der VR China nachzuzeichnen, indem er insbesondere historische Kausalitäten im Entwicklungsprozeß herausarbeitet, die in den Reformen seit 1978 erkennbar sind. Dabei geht er von der Annahme aus, daß die Reform- und Öffnungspolitik auf das Scheitern des sozialistischen Systems der VR China zurückzuführen ist.

Im ersten Teil des Werks wird die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Mao-Ära beschrieben. Dabei steht vor allem die Entwicklung in der Landwirtschaft im Vordergrund, deren Reform Awater als von Anfang an gescheitert und damit als exemplarisch für die allgemeine Reformentwicklung Chinas ansieht. Er geht von der Kernthese aus, daß Wirtschaftsreformen immer auch Gesellschaftsreformen sind, und belegt dies anhand der Geschichte der Dekollektivierung der Landwirtschaft, die er als "Transformation von unten" beschreibt (S. 44).

Als weiteren Schwerpunkt setzt sich das Werk im ersten Teil mit der kommunistischen Theorie in der VR China auseinander. Der Autor verdeutlicht, daß viele wirtschaftspolitische Ansätze, die sich in der ab 1978 einsetzenden Modernisierungsphase durchsetzten, bereits in den 60er Jahren ihren Ursprung hatten. Dabei kommt Awater schon auf den ersten Seiten zu folgendem Schluß: "Die kommunistische Ideologie erwies sich bereits in der Frühphase der VR China als Entwicklungshemmnis sui generis" (S. 75). Diese "Unfähigkeit" der kommunistischen Ideologie der VR China zur Entwicklung und zu Reformenfolgen zu belegen, steht im weiteren Verlauf der Arbeit im Mittelpunkt. Die einschneidenden Ereignisse in der Geschichte der VR China - den Großen Sprung und die Kulturrevolution - interpretiert Awater einerseits als eindeutige Zeichen für das Scheitern des Sozialismus in China. Andererseits beschreibt er sie als notwendige Bedingung für die Ende 1978 einsetzende Modernisierung und für die Reformbereitschaft. "So wirkte der 'Große